

Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW

24. Newsletter

„Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Juli 2019

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg_innen,

Mit dem Mord an einen CDU-Politiker ist der rechte Terror in Deutschland wieder neu in den Fokus gerückt. Dies ist erschreckend und dies macht auch vielen Menschen, die sich für Menschenrechte einsetzen und sich dem Rassismus entgegenstellen, Angst. Dazu besteht jeder Anlass. Wir haben in unserem letzten Newsletter von Kolleg*innen und Kooperationspartner*innen berichtet, die mit Hassmails eingeschüchtert werden sollen.

Trotzdem ist es kaum auszuhalten, wenn aus der Politik jetzt Stimmen kommen, die nach dem Mord an Walter Lübcke sagen „Dieser Mord trifft uns alle!“. Es aus diesem Kreisen zynisch, weil damit die weit über 150 gezählten (die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich höher) Morde von Rechtsextremisten an Schwarzen Deutschen, an Geflüchteten, an Obdachlosen und vielen anderen Menschen nicht nur bagatellisiert werden. Die Familie und Freund*innen der Opfer erleben ein weiteres Mal, dass ihre Angehörigen auch von Vertreter*innen der sogenannten Mitte nicht zu dem „Wir“ dieser Gesellschaft gezählt werden.

Einer Gesellschaft, die sich gleichzeitig daran zu gewöhnen scheint, dass in Italien Menschen kriminalisiert werden, die andere Menschen aus der Seenot retten.

Wir unterstützen daher sowohl die Online Petition für die Sea Watch 3 (siehe Aufrufe) als auch die Petition von medico international und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, die ein Bleiberecht für alle derzeit hier lebenden Illegalisierten und Geduldeten fordern und bedanken uns für den Gastkommentar von Ramona Lenz und Britta Rabe.

Mit besten Grüßen

Andreas Foitzik und Sabine Pester

Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg

Gastkommentar: Bleiberecht statt Ausgrenzung und Entwürdigung

Der Weltflüchtlingstag am 20. Juni wurde von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen als Gelegenheit, sich für „bessere Lebensbedingungen für die Betroffenen und ein bestmögliches Zusammenleben von Vertriebenen und einheimischer Bevölkerung“ einzusetzen. Das ist in Zeiten verweigerter Seenotrettung und verschärfter Abschiebebesetze auch bitter nötig. Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung, vor Armut oder den Folgen des Klimawandels. Gleichzeitig finden immer weniger Menschen Schutz in Europa. Die europäischen Staaten sprechen von Fluchtursachenbekämpfung und bekämpfen stattdessen an vorverlagerten Außengrenzen die Flüchtlinge selbst. Gelangen die Menschen trotz aller Hindernisse bis ans Mittelmeer, wird ihre Überfahrt nach Europa mit allen Mitteln verhindert. Menschenrechtsanwälte erstatteten daher jüngst am Internationalen Gerichtshof in Den Haag Strafanzeige gegen die EU wegen kalkulierten Sterbenlassens auf dem Mittelmeer und in den Folterlagern Libyens. Der Vorwurf lautet: Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Und Deutschland? Auch hier setzt die Politik auf Abschreckung und Abschottung. „Menschen ohne Bleiberecht müssen unser Land verlassen“, erklärte Bundesinnenminister Horst Seehofer erst am 7. Juni wieder, als der Bundestag das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ beschloss. Es beinhaltet unter anderem einen neu geschaffenen Status, der noch prekärer ist als eine Duldung, Leistungskürzungen unter das Existenzminimum und die nahezu unbegrenzte Erweiterung von Gründen für Abschiebungshaft. Bei der Innenministerkonferenz in Kiel letzte Woche bekräftigte Seehofer dann noch einmal seine Einschätzung, dass – ungeachtet aller Warnungen vor der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage im Land – Abschiebungen nach Afghanistan generell und nicht nur für Straftäter vertretbar seien.

Der gewünschte Effekt all der Gesetze und Maßnahmen gegen Flüchtlinge ist, dass immer mehr von ihnen in permanenter Angst leben und keine Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland haben. Mit dem Entzug ihrer Existenzgrundlagen werden sie gezielt in die Illegalität getrieben. Die damit einhergehende Rechtlosigkeit begünstigt Ausbeutung und andere Zwangsverhältnisse. Dabei leben bereits jetzt mitten unter uns viele Menschen unter extrem prekären Lebensbedingungen, insbesondere Menschen ohne deutschen Pass. Vor allem Geduldete und Illegalisierte (Menschen ohne Papiere) sind faktisch Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Sie sind gezwungen, illegal und maximal ausbeutbar im Niedriglohnsektor zu arbeiten, als Putzkräfte, in der Pflege, in der Gastronomie oder auf dem Bau. Ihre Rechte als Mieterinnen, Schüler oder Arbeitnehmerinnen können sie nicht wahrnehmen. Auch eine angemessene medizinische Behandlung ist für viele nicht zugänglich.

Für ein Land, das stolz darauf ist, die Menschenwürde in seiner Verfassung verankert zu haben, ist ein solcher Zustand nicht hinnehmbar. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes, dessen 70. Jahrestag erst Ende Mai gefeiert wurde. Mit diesem Satz werden Staat und Politik verpflichtet, allen, die in Deutschland leben, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dieses Grundrecht ist

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

unteilbar: Es gilt für alle – nicht nur für deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Zentrale Bedingung dafür ist die „Freiheit von Furcht und Not“, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt. Wer in permanenter Furcht vor Abschiebung und in existenzieller Unsicherheit lebt, weil er oder sie lediglich über ein prekäres oder über gar kein Aufenthaltsrecht verfügt, ist von einem Leben in Würde ausgeschlossen.

Entgegen der herrschenden Tendenz zu weiterer Demütigung und Entrechtung von Flüchtlingen und Migranten in diesem Land fordern das Grundrechtekomitee und Medico International ein Bleiberecht für alle derzeit hier lebenden Illegalisierten und Geduldeten. Diese Forderung wird mitgetragen von mehr als hundert Organisationen bundesweit sowie von zahlreichen Einzelpersonen, darunter auch bekannte Namen wie Gesine Schwan und Ilija Trojanow. Wir meinen: Was es heute braucht, sind nicht weitere Gesetze und Maßnahmen der Entwürdigung und Entrechtung von Schutzsuchenden, sondern ein echtes Bekenntnis zur Menschenwürde – aller, die hier leben. Allen Schutz- und Rechtlosen in diesem Land ein Bleiberecht zu gewähren, wäre eine politische Geste, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland so noch nie gegeben hat.

Die Petition anlässlich des 70. Jahrestages des Grundgesetzes kann unter www.petition-bleiberecht.de unterstützt werden.

Ramona Lenz ist Referentin für Flucht und Migration bei medico international in Frankfurt.
Britta Rabe ist Referentin beim Komitee für Grundrechte und Demokratie in Köln.

*Erstveröffentlichung in der Frankfurter Rundschau am 25. Juni 2019
Wir bedanken uns für die Erlaubnis der Veröffentlichung.*

Mehr Informationen zu der Petition von medico international und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie in diesem Newsletter.

Inhaltsverzeichnis

Aufrufe / Stellungnahmen.....	6
Bleiberecht statt Ausgrenzung!.....	6
Online Petition Aktionen für Carola Rackete von Sea Watch 3.....	6
Nein zu einem Kopftuchverbot für Minderjährige – eine migrationspädagogische Stellungnahme des Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik.....	7
Gleichberechtigter Zugang zur Ausbildungs- und Sprachförderung.....	7
Leitkultur-Paragraph verhindern - Staatsangehörigkeit als dauerhafte Grundlage gleichberechtigten Zusammenlebens anerkennen.....	7
Tagungen / Veranstaltungen.....	9
1,5 qm Stoff und Debatten ohne Ende?.....	9
„Ausgeschlossen!? Von der Bedeutung des Kopftuchs auf dem Arbeitsmarkt“ -Strategien gegen Diskriminierung auf lokaler Ebene.....	9
Diversitätssensible Beratung.....	10
Bildungsprozesse im Kontext globaler Ungleichheitsverhältnisse erforschen? Zur gesellschaftstheoretischen Fundierung empirischer Forschung.....	11
Mit Recht gegen Rassismus - Menschenrechtsentscheidungen als Orientierungsrahmen für Soziale Arbeit und Empowerment.....	11
#KeinPlatzFürHass: Tag gegen antimuslimischen Rassismus.....	12
Rassismuskritik & kritisches Weißsein – Stärkung einer rassismuskritischen pädagogischen Haltung.....	12
Selbstwirksamkeitserwartung im Kontext von Flucht und Männlichkeit.....	12
"Mehr als Repräsentation – Organisationen rassismuskritisch gestalten".....	13
Allianzen bilden in der gespaltenen Migrationsgesellschaft?.....	14
„Dikhen amen! Seht uns!“.....	14
Train – the – Trainer*in: Qualifizierung als Trainer*in für rassismuskritische Mädchen*arbeit.....	15
SAVE THE DATE: „Die Zeit ist gekommen“.....	15
SAVE THE DATE: Mädchen. Muslimisch. Mehr. - Lebenswelten zwischen Diskriminierung und Empowerment.....	15
Fachtagung Sexualität, Gender und Religion in gegenwärtigen Diskursen.....	15
Materialien.....	16
standpunkt : sozial 2018/1 Schwerpunktheft zum Thema "Antidiskriminierungspolitik - Anfragen an die Soziale Arbeit. Fokus: Städtischer Raum, Racial Profiling, Wohnungsmarkt".....	16
standpunkt : sozial 2018/2 – Schwerpunktheft zum Thema „Flucht & Studium“.....	16
Mohamed Wa Baile / Serena O. Dankwa / Tarek Naguib / Patricia Purtschert / Sarah Schilliger (Hg.): Racial Profiling – Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand.....	16
Rosa Luxemburg-Stiftung: Racial Profiling Erfahrungen – Wirkungen – Widerstand.....	17
Deutsches Institut für Menschenrechte: Die Religionsfreiheit von Kindern im schulischen Raum – Zur Diskussion über Kopftuchverbote für Schülerinnen.....	17
IDA e.V. (Hrsg.): „Was heißt eigentlich....“.....	18
projekt.kollektiv: Rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht voranbringen.....	18

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V. (Hg.): Rassismus – Eine Definition für die Alltagspraxis.....	19
Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes: Jahresbericht 2018.....	19
Forum kritische politische Bildung erstellt ein Verzeichnis von emanzipatorischen Bildungskonzepten und –materialien.....	20
David Goeßmann: Die Erfindung der bedrohten Republik	20
Marvin Oppong: Ewig anders- schwarz, deutsch, Journalist	20
Rosa Luxemburg Stiftung: Atlas der Migration	21
Migranten schulden Deutschland nichts	21
Sonstiges	22
Junge Geflüchtete haben Angst vor Rassismus.....	22
Bundespolizei erkennt kurz vor Gerichtstermin „Racial-Profiling“ als rechtswidrig an	22
Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Griechenland wegen Flüchtlingen	22
Abschiebepolitik: Bundesregierung agiert mit falschen und irreführenden Behauptungen	22
Bamf lehnt fast alle Fälle von Kirchenasyl ab.....	23
Ankerzentren: UN-Ausschuss gegen Folter kritisiert Deutschland	23
Haager Tribunal prüft Anzeige gegen EU wegen Flüchtlingspolitik.....	23
Studie: UN warnen vor unkontrollierter Migration wegen Klimawandels.....	23
Europäischer Gerichtshof: Flüchtling bleibt auch bei formaler Aberkennung Flüchtling	24
Bundesregierung ignoriert Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.....	24
Oberverwaltungsgericht kippt Koblenzer Burkini-Verbot.....	24
Interview mit Mala Reinhardt: Rassismus – „so eine Art gesellschaftliche Stille“	24
Strukturelle Diskriminierung: Experte fordert Bleibeperspektive für Sinti und Roma	25
Kommunen gründen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“	25
So nehmen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahr.....	25
Brief an Giffey: Nicht das Fasten schadet den Kindern, sondern... ..	25
Erfolgreicher Prozess gegen das Land NRW wegen Sonderbeschulung	26
Europaweit: Angriffe auf die Zivilgesellschaft.....	26
Rassistische und sexistische Werbung: Hornbach, wir sind nicht euer Witz!	26
Stellenangebote	27
Sozialarbeiter (m/w/d).....	27
Berater*in / Trainer*in (m/w/d)	27

Aufrufe / Stellungnahmen

Bleiberecht statt Ausgrenzung!

Petition von medico international und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Der 70. Jahrestag des Grundgesetzes gilt bundesweit allenthalben als Grund zum Feiern. Wir nehmen dieses bundesdeutsche Ereignis dagegen zum Anlass, um die Forderung nach einem Bleiberecht für geduldete und illegalisierte Menschen anzustoßen. Denn in Deutschland leben hunderttausende Menschen – oft über Jahre – in existenzieller Unsicherheit, weil sie entweder lediglich über ein prekäres oder über gar kein Aufenthaltsrecht verfügen. Diesen Zustand der existenziellen Unsicherheit und Rechtlosigkeit gilt es zu beenden.

Deshalb fordern wir anlässlich des 70. Jahrestages des Grundgesetzes für alle, die auf Dauer hier leben, ein Bleiberecht. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat darauf, die Würde aller Menschen zu achten und zu schützen. Mit unserer Initiative fordern wir einen Schritt in Richtung auf eine Politik ein, die diesen Anspruch ernst nimmt. Zusammen mit Medico International initiieren wir aktuell die Kampagne „Bleiberecht statt Ausgrenzung“, die in einer Petition an den Deutschen Bundestag münden wird.

Mit unserer Initiative möchten wir nicht nur eine dringend notwendige politische Debatte anstoßen, sondern ganz konkret auf politischer Ebene allen geduldeten und illegalisierten Menschen, die hier unter uns leben, zu einem besseren Status verhelfen.

Einige mögen zweifeln, ob gerade jetzt eine derart weitreichende Bleiberechtskampagne, die so gänzlich dem aktuellen politischen Zeitgeist zuwider läuft, überhaupt angemessen ist. Wir meinen: ja, gerade jetzt setzt unsere Forderung ein unmissverständliches und wichtiges Zeichen und öffnet politisch den Horizont gegen das unerträgliche unaufhörliche Gerede über eine „Effektivierung“ von Abschiebungen und die unmenschliche Flüchtlingspolitik. Die vielen positiven Rückmeldungen von Flüchtlingspolitischen Initiativen bis zu Einzelpersonen aus Politik, Kultur und Wissenschaft bestätigen uns in dieser Einschätzung.

Zum kompletten Petitionstext, der ausführlich menschenrechtliche Begründung der Bleiberechtsforderung und der Möglichkeit zur Unterschrift
www.petition-bleiberecht.de

Online Petition Aktionen für Carola Rackete von Sea Watch 3

Setzen auch Sie ein Zeichen für die zivile Seenotrettung, indem Sie die [Online-Petition für die Freilassung von Carola Rackete](#) unterzeichnen, an einer der [Solidaritätsaktionen](#) am Samstag in Baden-Württemberg teilnehmen und/oder für den [Rechtshilfefonds von Sea Watch](#) spenden!

Die Sea Watch 3 ist am 29. Juni in den Hafen von Lampedusa eingelaufen. Über zwei Wochen war das Seenotrettungsschiff der deutschen NGO mit 42 geretteten Flüchtlingen und den 22 Mitglieder*innen der Besatzungsmannschaft an Bord auf dem Mittelmeer umhergefahren, da es in keinen europäischen Hafen einfahren durfte. Die Situation an Bord spitzte sich in den letzten Tagen Medienberichten zufolge immer weiter zu. Die deutsche Kapitänin Carola Rackete entschloss sich daher, in italienische Gewässer einzufahren und steuerte den Hafen der italienischen Insel Lampedusa an. Nach der

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Landung wurde die Kapitänin von den italienischen Behörden festgenommen, ihr droht eine hohe Geld- bzw. Haftstrafe.

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Nein zu einem Kopftuchverbot für Minderjährige – eine migrationspädagogische Stellungnahme des Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik

Mit der Stellungnahme „Nein zu einem Kopftuchverbot für Minderjährige – eine migrationspädagogische Stellungnahme“ hat das Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik mit der Unterstützung von über 100 Erstunterzeichnenden auf den Aufruf von Terres des Femmes „Den Kopf frei haben“ reagiert. Ein gesetzliches Kopftuchverbot – so unsere Position – stellt einen starken Eingriff in die Selbstbestimmung junger Menschen dar, führt zu weiteren Eingriffen in ihre Lebensbedingungen und Teilhabechancen und legitimiert die Diskriminierung kopftuchtragender Musliminnen. Einrichtungen und Verbände der Bildung und Sozialen Arbeit können sich nach wie vor mit der Unterzeichnung dieser Stellungnahme öffentlich dieser Position anschließen. Senden Sie dafür eine Mail an webmaster@rassismuskritik-bw.de.

Zur Stellungnahme mit ausführlicher Begründung und den Namen der Erstunterzeichnenden

www.rassismuskritik-bw.de/nein-zum-kopftuchverbot/

Gleichberechtigter Zugang zur Ausbildungs- und Sprachförderung

**Stellungnahme des Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit zum Entwurf des
„Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz“ –**

Der Entwurf des „Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz“ bietet mit einem Systemwechsel Verbesserungen für eine große Gruppe von zugewanderten jungen Menschen. Dennoch bleiben weitere notwendige Verbesserungen auf der Strecke. Zu verändern bzw. zu ergänzen wären die Zugänge zur frühzeitigen Arbeitsförderung, zur Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) und zur Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE), aber auch zu den Integrationskursen und zu BAföG-Leistungen.

Zur vollständigen Stellungnahme

https://jugendsozialarbeit.de/wp-content/uploads/2019/04/STN_KV_JSA_Auslaenderbeschaeftigungsforderungsgesetz_15_4.pdf

Quelle: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Leitkultur-Paragraph verhindern - Staatsangehörigkeit als dauerhafte Grundlage gleichberechtigten Zusammenlebens anerkennen

Aufruf der Neuen Deutschen Organisationen

Anfang nächster Woche wollen die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD im Bundestag das Staatsangehörigkeitsrecht ändern – und um einen „Leitkultur-Paragrafen“ erweitern. Migrations- und Integrations-Expert*innen sehen darin ein Einfallstor für Behördenwillkür. Rund 100 Wissenschaftler*innen, Jurist*innen, Politiker*innen, ein breites Bündnis aus Migrantenorganisationen, dem republikanischen Anwaltsverein, dem Grundrechtekomitee und weitere tausend Personen aus Politik, Wissenschaft, Medien und Kultur haben einen Aufruf gegen die geplanten Änderungen unterzeichnet. Sie weisen auf

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

die Gefahren des Vorhabens hin und fordern die Regierungsparteien dringend dazu auf, das Gesetz nicht durchzuwinken.

„Das Einbürgerungsrecht ist das Fundament einer modernen Einwanderungsgesellschaft. Doch die Koalition versteht es offenbar eher als Sanktionsmittel für Rechtsbrüche“, kritisiert Ferda Ataman, Sprecherin des postmigrantischen Netzwerks neue deutsche organisationen. „Mit dem Migrationspaket von letzter Woche und der nun geplanten Staatsangehörigkeitsreform trägt die Koalition dazu bei, dass Migranten vor allem als Terroristen, Identitätserschleicher, Vielehe-Fans und Sozialschmarotzer wahrgenommen werden. Das ist fatal für das gesellschaftliche Klima. Vielmehr sollte die Koalition überlegen, wie sie für mehr Einbürgerungen wirbt: die Einbürgerungsrate liegt in Deutschland niedriger als in den meisten anderen europäischen Ländern.“ „Wir brauchen erleichterte und schnellere Einbürgerungen für neue deutsche Staatsbürger*innen und keine menschenrechtlichen Rückschritte“, sagt auch Meral El, Geschäftsführerin der ndo. Um auf das geplante Gesetzesvorhaben hinzuweisen, haben die ndo einen Aufruf gestartet und ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen versammelt: <https://neuedeutsche.org/de/aufruf/staatsangehoerigkeit/>

Zum Hintergrund:

Am 26. Juni soll der Bundestag eine Gesetzesänderung beschließen, mit dem das Staatsangehörigkeitsrecht deutlich verschärft und das Recht auf Einbürgerung verwässert wird. Wer sich einbürgern lassen möchte, muss schon heute mehrere Voraussetzungen erfüllen und unter anderem straffrei sein, deutsch sprechen, seinen Lebensunterhalt selbst erwirtschaften und ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes ablegen. Der neue Gesetzesentwurf erweitert diese konkreten Anforderungen um ein diffuses neues Kriterium: der „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“.

Offiziell will die Koalition wegen eines bekannt gewordenen Falles (!) verhindern, dass Menschen in Vielehe ein Anrecht auf Einbürgerung haben. Doch statt das konkret im Änderungsantrag zu benennen, sollen Einbürgerungswillige künftig gewährleisten, dass sie sich „in deutsche Lebensverhältnisse“ eingeordnet haben. Dabei erläutert der Entwurf weder, was unter der Formulierung genau zu verstehen ist, noch, wie geprüft werden soll, wann diese „Einordnung“ erfolgt ist. Das öffnet das Tor zu willkürlichen Entscheidungen über Einbürgerungen.

Das geplante Änderungspaket zum Staatsangehörigkeitsrecht rüttelt an dem mühsam erarbeiteten Fundament einer modernen Einwanderungsgesellschaft. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten daher auf, dem Regelungspaket nicht zuzustimmen!

Tagungen / Veranstaltungen

1,5 qm Stoff und Debatten ohne Ende?

Diskussionsveranstaltung, 10. Juli, 20h, Alte Aula Tübingen

Das Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik und das Institut für Erziehungswissenschaften der Universität laden zu dieser pädagogischen Diskussionsveranstaltung ein.

Mit der Stellungnahme „Nein zu einem Kopftuchverbot für Minderjährige – eine migrationspädagogische Stellungnahme“ haben wir als Netzwerk auf die Terres des Femme -Forderung für ein Kopftuchverbot für Jugendliche reagiert. Wir haben dafür zahlreiche Unterstützung erhalten, aber auch viele Diskussionen ausgelöst.

Auch unter den Unterstützer*innen der Stellungnahme des Netzwerks gab es kritische Nachfragen, was die Pädagogik tatsächlich zu diesem Thema beitragen kann.

Wie kann die Pädagogik Jugendliche begleiten, die mit antimuslimischem Rassismus konfrontiert werden?

Wie kann sie Mädchen und junge Frauen unterstützen, die sich aus familiären Zwangsverhältnissen jedweder Art befreien wollen?

Wie kann sie über Bildungsprozesse dazu beitragen, dass die Bilder über Mädchen und junge Frauen, die ein Kopftuch tragen, weniger einseitig und festlegend sind?

Diese Fragen wollen wir nun öffentlich diskutieren – nach einer Einführung zum Thema durch die Autor*innen der Stellungnahme stellen sich Praktiker*innen der Jugendarbeit, Vertreter*innen von pädagogisch arbeitenden Migrantenorganisationen und von Ausbildungsinstitutionen der Debatte.

Auf dem Podium diskutieren:

Lena Hetzel vom Mädchen*Informations- und Beratungszentrum/Mädchen*treff e.V. Tübingen

Mitarbeiterin von Yasemin (Beratungsstelle für junge Migrantinnen zwischen 12 und 27 Jahren) Stuttgart

Sabrina Fellous von FödeM (Förderung des deutschsprachigen Moscheeunterrichts“) Herrenberg

Jusra Schröer vom Institut für islamische Theologie der Universität Tübingen.

Das Gespräch moderiert Barbara Stauber.

Alle weiteren Informationen

www.rassismuskritik-bw.de/15-qm-stoff-und-debatten-ohne-ende/

„Ausgeschlossen!?! Von der Bedeutung des Kopftuchs auf dem Arbeitsmarkt“ -Strategien gegen Diskriminierung auf lokaler Ebene

Fachtag, 17. Juli, Hospitalhof Stuttgart

Frauen mit Kopftuch sind auf dem Arbeitsmarkt mit am stärksten von Diskriminierung betroffen. Auch mit hoch qualifizierten Berufsabschlüssen werden sie – wie Studien belegen - deutlich seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen und letztlich eingestellt, als Frauen, die kein Kopftuch tragen.

Das ist auf verschiedene Weise folgenreich:

- Ohne die Möglichkeit einer eigenständigen materiellen Absicherung und einem der Qualifikation entsprechenden Anstellung ist Inklusion in die Gesellschaft nicht möglich.
- Durch die oft erfahrene Ablehnung bei der Stellensuche kann sich bei Einzelnen Resignation einstellen und den Effekt haben, sich von der Gesellschaft abzuwenden und in die eigene Community zurückzuziehen.
- Der Wirtschaft geht das Potenzial von zum Teil gut qualifizierten Fachkräften verloren.

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

klever-iq möchte mit dem Fachtag daher einerseits zu diesem Themenfeld informieren. Zum anderen soll in kleinen Runden im Dialog mit Akteur*innen der Migrant*innen-Organisationen von Coexist e.V. und WoW e.V. zu diesen und weiteren Fragen Praxisideen entwickelt werden, wie Kommunen mit konkreten Projekten die Situation von Frauen mit Kopftuch auf dem Arbeitsmarkt positiv beeinflussen können. Der Fachtag des Projektes klever-iq von adis e.V. richtet sich an alle Personen, die auf kommunaler Ebene *gemeinsam* Strategien entwickeln möchten, um die Diskriminierung von kopftuchtragenden Frauen abzubauen.

Weitere Informationen

<https://adis-ev.de/blog/2019/06/06/fachtag-ausgeschlossen-von-der-bedeutung-des-kopftuchs-auf-dem-arbeitsmarkt-strategien-gegen-diskriminierung-auf-lokaler-ebene-17-07-2019/>

Referent*innen

Prof. Dr. Albert Scherr (Päd. Hochschule Freiburg), Gabriele Booz-Niazy (*Aktionsbündnis muslimischer Frauen in Deutschland e.V.*), Prof. Dr. Lara Golesorkhi (WoW – With or Without e.V.); Jwanita Khatib-Saleh (Coexist e.V.)

Anmeldeschluss

10.07.2019

Anmeldung

anmeldung@adis-ev.de

Kosten

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Kontakt

adis e.V.

Andreas Foitzik

andreas.foitzik@adis-ev.de

www.adis-ev.de

Diversitätssensible Beratung

Fortbildung, 4. Juli, Stuttgart

Das Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg und Projekt klever-iq veranstaltet diese Fortbildung am 4. Juli in Stuttgart. Die Fortbildung möchte Raum geben für die Fragen, die im Zusammenhang mit der Beratung von Ratsuchenden mit anderen biografischen, ethnischen, sprachlichen oder religiösen Hintergründen als den eigenen entstehen. Ziel ist es, die Interpretationsmöglichkeiten zu erweitern, neue Handlungsoptionen durch den Austausch zu entwickeln und einen konstruktiven Umgang mit Irritationen einzuüben. Aus einer rassismuskritischen bzw. diskriminierungskritischen Perspektive beschäftigen wir uns mit Praxisbeispielen und Fragestellungen aus dem Beratungsalltag der Teilnehmenden der Fortbildung. Methodisch nutzen wir dafür eine Mischung aus kurzen Inputs, Plenumsdiskussionen, Kleingruppenarbeit und verschiedenen Möglichkeiten der Fallbearbeitung.

Zum Infolyer und zur Anmeldung

http://netzwerk-teilzeitausbildung-bw.de/tza-bw-wAssets/docs/Anmeldung-Fortbildung-07_2019_V2.pdf

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Bildungsprozesse im Kontext globaler Ungleichheitsverhältnisse erforschen? Zur gesellschaftstheoretischen Fundierung empirischer Forschung

Tagung, 4. und 5. Juli, Pädagogischen Hochschule in Freiburg

Die Tagung wird veranstaltet von der durch die Hans-Böckler-Stiftung geförderte Nachwuchsforschungsgruppe zu Bildungskontexten und (Aus-)Bildungswegen von jungen Geflüchteten im Spannungsfeld von Ein- und Ausgrenzung.

Nähere Informationen unter

<https://bildungskontexteflucht.com/2019/06/05/04-07-05-07-2019-tagung-der-nachwuchsforschungsgruppe-zu-bildungskontexten-und-aus-bildungswegen-von-jungen-gefluechteten-im-spannungsfeld-von-ein-und-ausgrenzung/>

Referent*innen

Prof. Dr. Harald Bauder (Toronto), Prof. Dr. María do Mar Castro Varela (Berlin), Dr. Fabian Georgi (Marburg), Prof. Dr. Vassilis Tsianos (Kiel).

Kontakt für Rückfragen

natascha.khakpour@ph-freiburg.de

Mit Recht gegen Rassismus - Menschenrechtsentscheidungen als Orientierungsrahmen für Soziale Arbeit und Empowerment

Fachtag, 30. September 2019, 10 Uhr bis 17 Uhr, Hospitalhof Stuttgart

Neben nationaler und internationaler Gesetzgebung, die Menschenrechtsstandards festschreiben, sind Urteile von Gerichten und Entscheidungen von EU und UN-Gremien gleichermaßen relevant, Menschenrechtsstandards in die Realität umzusetzen. Diese Entscheidungen sind wenig bekannt.

Im Rahmen der Projektes „Empowerment - quer gedacht“ von adis e.V. werden Ende 2019 20 einschlägige Menschenrechtsentscheidungen veröffentlicht. Sie sollen von Rassismus betroffene Menschen wie ihre Bündnispartner*innen in der Sozialen Arbeit wie in der Antidiskriminierungsarbeit stärken, sich bei eigenen Auseinandersetzungen auf diese darauf berufen zu können und selbst auch dieses Mittel der strategischen Prozessführung für die Durchsetzung von Rechten zu nutzen.

Im Rahmen des Fachtages soll zum einen in die Thematik der Menschenrechte eingeführt und einzelne Fälle exemplarisch vorgestellt werden, um dann in Arbeitsgruppen für verschiedene Handlungsfelder einen offenen Reflexionsraum für den Transfer zu öffnen.

Referent*innen

Nivedita Prasad, Alice-Salomon-Hochschule Berlin; Tarek Naguib und Mohamed Wa Baille, Schweizer Allianz gegen Racial Profiling; Pasquale Rotter, Alice Salomon Hochschule Berlin (angefragt)

Veranstalter*in

adis e.V.

www.adis-ev.de

#KeinPlatzFürHass: Tag gegen antimuslimischen Rassismus

Empowerment-Salon, 1. Juli, 18:30h, Bildungsstätte Anne Frank Frankfurt

Antimuslimische Übergriffe, Beleidigungen und Bedrohungen gehören zum Lebensalltag vieler Muslim*innen oder als muslimisch wahrgenommener Personen, die in Deutschland leben. Allein im Jahr 2018 zählte das Innenministerium 813 gemeldete Übergriffe auf muslimische Einrichtungen und Personen. Dass Angst und Hass vor „dem Islam“ sich unmittelbar auf das Leben vieler Muslim*innen auswirken, wird an vielen Stellen deutlich.

Zur Ausschreibung und dem vollständigen Programm

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Projekte/Tag_gg_antimuslimischen_Rassismus_2019.pdf

Mit der Comedienne Idil Baydar als Jilet Ayse, Karima Benbrahim vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in NRW, Ayesha Khan (Social-Media-Aktivistin) u. v. a.

Rassismuskritik & kritisches Weißsein – Stärkung einer rassismuskritischen pädagogischen Haltung

2-teilige Fortbildung, 1.Juli und 9.September, Essen

Rassismus ist Teil unserer Gesellschaft. Er prägt und strukturiert das gesellschaftliche Zusammenleben weltweit in Form von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Sie artikulieren sich beispielsweise durch strukturelle Ein- und Ausschlüsse und andere Diskriminierungsformen. Um diesen reflektiert begegnen zu können, braucht es eine vorurteils- und diversitätsreflektierte Pädagogik und Bildung.

Diese setzt im Kontext von Rassismus ein vertieftes Verständnis von eben diesem voraus. Zudem muss die eigene Positionierung in einer von Rassismus geprägten Gesellschaft reflektiert und deren Bedeutung für die individuelle pädagogische Praxis analysiert werden.

Dieser zweiteilige Workshop will genau diesem Ansatz nachgehen und stellt sowohl eine kompakte Einführung in die Auseinandersetzung mit Rassismus, dessen Ideengeschichte und Folgen, als auch eine angeleitete Selbstreflexion zur eigenen Verortung dar.

Die Präsenztage am sind in drei Phasen aufgeteilt, in welchen die Teilnehmenden zuerst theoretische Grundlagen kennenlernen, welche sie dann anschließend praxisorientiert umsetzen. Der zweite Präsenztage schließt mit einer persönlichen Reflexion für die eigene Praxis ab.

Alle Informationen zur Fortbildung und die Möglichkeit zur Anmeldung

www.gender-nrw.de/home_new/fuma-fortbildungen/rassismuskritikkritischesweissein/

Quelle: Informationen zu Genderthemen (05/2019)

Selbstwirksamkeitserwartung im Kontext von Flucht und Männlichkeit

Fortbildung, 3. September, 10:00 - 16:00, Dortmund

Jungen* und junge Männer*, die Fluchterfahrungen gemacht haben, sind mindestens in der nahen Vergangenheit in ihrem Handeln erstaunlich wirksam gewesen. Es wurden massive Ressourcen aufgetan und in Form vielfältiger Handlungen aktiviert. Zudem beginnt der Ausblick auf ein besseres Leben mit einer Vielzahl von Aufträgen im Gepäck, mit denen sie sich in ein Hilfesystem begeben, welches strenge Anforderungen an diese jungen Menschen stellt. Das Bedürfnis danach ein selbstbestimmtes Leben zu führen, erhöht den (Selbst-)Druck.

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Das Dilemma zwischen Druck und eingeschränkter Handlungsfähigkeit kann zudem Übertragungseffekte auf Fachkräfte haben, die sich in der Arbeit mit geflüchteten Jungen* befinden. Daher ist es zentral die Erwartungen an eigene Wirksamkeit der jungen Männer* nachzuvollziehen, um sie sensibilisiert für die Anforderungen ihrer individuellen Lebenswelt zu begleiten.

In dieser Fortbildung wird ein Blick auf das Konzept von Selbstwirksamkeitserwartungen und erarbeiteten Mechanismen und Schutzfaktoren, die Selbstwirksamkeit erfahrbar machen und erweitern geworfen. Ein zusätzlicher Fokus liegt auf Ressourcenorientierung und Resilienzförderung, der eigenen Selbstwirksamkeit im professionellen Handeln, um einen achtsamen Blick auf Selbstfürsorge zu entwickeln und individuelle Strategien anzueignen, die Fachkräfte in Überlastungsmomenten widerstandsfähiger machen.

Weitere Informationen und Möglichkeit zur Online-Anmeldung

<https://jugendsozialarbeit.news/veranstaltung/selbstwirksamkeitserwartung-im-kontext-von-flucht-und-maennlichkeit/>

Kosten

75 Euro

Veranstalter*in

Fachstelle Jungenarbeit NRW

Kontakt

hendrik.mueller@lagjungenarbeit.de

"Mehr als Repräsentation – Organisationen rassismuskritisch gestalten"

Fachtag, 19. September, Berlin

Längst spielt Diversität eine große Rolle in der Organisationsentwicklung von Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Gleichzeitig fehlen hier häufig klare Haltungen und nachhaltige Strategien gegen Rassismus. Der Fachtag soll Impulse und Handlungsanweisungen im Feld der rassismuskritischen Organisationsentwicklung geben und richtet sich an Praktiker*innen im Bereich Vielfalt und Antidiskriminierung in Verwaltungen, Verbänden und bei zivilgesellschaftlichen Trägern.

Durch theoretische Inputs, praktische Workshops und eine abschließende Podiumsdiskussion soll es Einsteiger*innen und Fortgeschrittenen gleichermaßen ermöglicht werden, die eigene Arbeit kritisch zu reflektieren, theoretisch zu unterfüttern und in den Erfahrungsaustausch zu treten.

Der Fachtag bildet den Abschluss des Projekts „ACT – Bewusstsein schaffen, Chancen sichern“, und wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Veranstalter*in

DeutschPlus e.V.

Kontakt

Kerstin Meyer - Projektleitung ACT
kerstin.meyer@deutsch-plus.de

Derya Binışık - Projektkoordinatorin ACT
derya.binisik@deutsch-plus.de

Allianzen bilden in der gespaltenen Migrationsgesellschaft?

IDA-NRW Jubiläumstagung, 27. September, Düsseldorf

Anlässlich seines 25-jährigen Bestehens veranstaltet das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) eine Fachtagung mit dem Titel "Allianzen bilden in einer gespaltenen Migrationsgesellschaft? Rückblicke, Einblicke und Ausblicke aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit". In diesem Jahr feiert das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) sein 25-jähriges Bestehen. Die landesweite Fachstelle gründete sich im Jahr 1994 nach dem rassistisch motivierten Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen im Mai 1993. Auch heute sind rassistische und rechte Einstellungen, Ablehnung bzw. offene Feindseligkeit gegenüber Black und Indigenous People of Color (BIPOCs) und politisch Andersdenkende weit verbreitet. Laut den Opferberatungsstellen in NRW ist Rassismus das häufigste Tatmotiv. Hassbotschaften in den sozialen Netzwerken und verbale sowie tätliche Angriffe besonders auf geflüchtete, jüdische und muslimische (oder als solche markierte) Menschen haben in einem Ausmaß zugenommen, dass sie als Teil unserer gesellschaftlichen Realität nicht mehr ignoriert werden können. Allerspätestens diese Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass Rassismus weder ein Phänomen der Vergangenheit ist, noch sich auf den rechten ‚Rand‘ der Gesellschaft beschränkt. Dieses verkürzte Rassismusverständnis stellt für die rassismuskritische Arbeit immer noch eine große Herausforderung dar, denn es verschleiert, dass Rassismus auch heute existiert und alle Menschen betrifft – auch wenn die Auswirkungen abhängig von der jeweiligen Positionierung innerhalb der Macht- und Ungleichheitsverhältnisse unterschiedlich ausfallen. Die unterschiedliche Betroffenheit von Rassismus bestimmt die Möglichkeiten und Grenzen des Handelns gegen Rassismus und der möglichen Verbündetenarbeit. Im Rahmen der Jubiläumstagung möchten wir Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie Rechtsextremismusprävention für eine Perspektiverweiterung zusammendenken, und gleichzeitig Leerstellen, Spannungsfelder und Widersprüche problematisieren. Die Leitfrage wird sein, wie Allianzen geschaffen und gestärkt werden können, die die rassistischen Gewaltverhältnisse benennen und verändern.

Zum Programm und zur Anmeldung

<https://www.ida-nrw.de/veranstaltung/register/result/reguid/hmac/ida-nrw-jubilaeumstagung-allianzen-bilden-in-der-gespaltenen-migrationsgesellschaft/>

Anmeldeschluss: 06. September

Kosten: 40 Euro

„Dikhen amen! Seht uns!“

Bundesjugendkonferenz der Rom*nja und Sinti*zze, 27.-30. September, Berlin

Im September 2019 findet die diesjährige Bundesjugendkonferenz der Rom*nja und Nicht-Rom*nja in Berlin statt. Sie ist das größte bundesweite Zusammenkommen junger Rom*nja und Sinti*zze in Deutschland. Raum zur persönlichen Entfaltung und politischen Teilhabe junger Rom*nja und Sinti*zze zu schaffen, ist ein zentrales Anliegen für die Bundesjugendkonferenz. Dazu gehört es, dass die Jugendlichen ihre Ziele, Visionen und Geschichten selbstbestimmt in die Öffentlichkeit tragen.

Flyer: <https://mailchi.mp/fa3fbcac4292/newsletter-amaro-drom-juni-2019>

Weitere Informationen

www.amarodrom.de/bundesjugendkonferenz-2019

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Train – the – Trainer*in: Qualifizierung als Trainer*in für rassismuskritische Mädchen*arbeit

Mehrmodulige Weiterbildung, September 2019- November 2020, Köln

Die Train-the-Trainer*in-Reihe, die im September startet und in Köln stattfindet, richtet sich an Fachkräfte der Mädchen*arbeit und an Fachkräfte, die an Mädchen*arbeit und Erwachsenenbildung interessiert sind. Sie richtet sich an Personen, die sich als Frauen*, Trans*, nicht-binär, Inter*, queer definieren. Das Anliegen ist es, in dieser Weiterbildung intersektionalen Perspektiven und Erfahrungen einen breiten Raum zu bieten, weswegen 2/3 der Plätze an Schwarze Fachkräfte und Fachkräfte of color vergeben werden.

Alle Informationen zur Weiterbildung

<http://www.maedchenarbeit-nrw.de/WS/2019/termine-Infos-Qualifizierung-als-train-the-trainerin.html>

SAVE THE DATE: „Die Zeit ist gekommen“

3-tägige Fachtagung, 12. – 14. November, Jugendbildungsstätte Unterfranken

Die Jugendbildungsstätte Unterfranken lädt im Herbst vom 12.-14.11.2019 wieder zur Fachtagung nach Würzburg ein!

Unter dem Titel: „Die Zeit ist gekommen“ werden migrationspädagogische Ansätze in Jugend- und Bildungsarbeit rassismuskritisch thematisiert.

Bühnenprogramm, Workshops, Vorträge und Vernetzungsräume ermöglichen Reflexion und Diskurs.

Mit dabei sind Idil Baydar alias Jilet Ayşe und Kübra Gümüşay.

Alle weiteren Informationen

www.jubi-unterfranken.de/event/fachtagung2019/

SAVE THE DATE: Mädchen. Muslimisch. Mehr. - Lebenswelten zwischen Diskriminierung und Empowerment

Fachtagung, 5. Dezember, Stuttgart

Veranstalter*innen: JUMA / RAA Heilbronn, Fachstelle Extremismuskritik FEX beim Demokratiezentrum BW, LAG Mädchenpolitik, Landeszentrale für politische Bildung/lpb, Stuttgart, Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg/ajs, Stuttgart

Detailliertes Programm

ab 1. Juli auf www.ajs-bw.de

Fachtagung Sexualität, Gender und Religion in gegenwärtigen Diskursen

Fachtagung, 27./28. September, Theologicum Tübingen

Veranstalter*innen: Universität Tübingen, Zentrum für islamische Theologie

Detailliertes Programm und Anmeldung

tagungsanmeldung@zith.uni-tuebingen.de

Materialien

standpunkt : sozial 2018/1 Schwerpunktheft zum Thema "Antidiskriminierungspolitik - Anfragen an die Soziale Arbeit. Fokus: Städtischer Raum, Racial Profiling, Wohnungsmarkt"

Zeitschrift

Dieses von Annita Kalpaka* zusammengestellte Schwerpunktheft basiert auf einer gleichnamigen Tagung an der HAW, die den Auftrag Soziale Arbeit im Bezug auf Antidiskriminierungspolitik zum Thema hatte. Der Band enthält Beiträge von Tarek Naguib, Mohamed Wa Baile, Vassilis Tsianos, Birte Weiß, Annita Kalpaka und anderen.

Das Inhaltsverzeichnis kann hier eingesehen werden

www.haw-hamburg.de/fileadmin/user_upload/WS-SozA/Standpunkt-Sozial/pdf/inhalt_2018_1.pdf

Bestellungen unter

Juergengeort.brandt@haw-hamburg.de

* Die Autorin ist Mitglied im Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik

standpunkt : sozial 2018/2 – Schwerpunktheft zum Thema „Flucht & Studium“

Zeitschrift

Dieses von Louis Henri Seukwa zusammengestellte Schwerpunktheft wirft einen rassismuskritischen Blick auf Bildungsvoraussetzungen und -organisation in Hinblick auf die Aufnahme von Geflüchteten an den Hochschulen und Universitäten. Welche Ressourcen und welches Wissen findet hier Eingang?

Das Inhaltsverzeichnis kann hier eingesehen werden

www.haw-hamburg.de/fileadmin/user_upload/WS-SozA/Standpunkt-Sozial/pdf/02_inhalt_2018_2_korr.pdf

Bestellungen unter

Juergengeort.brandt@haw-hamburg.de

Mohamed Wa Baile / Serena O. Dankwa / Tarek Naguib / Patricia Purtschert / Sarah Schilliger (Hg.):
Racial Profiling – Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand

Sachbuch

Rassistische Polizeikontrollen gehören zum Alltag in Europa. Sie machen auf drastische Weise sichtbar, wer nicht als Mit-Bürger*in gilt. Während ein Großteil der Dominanzgesellschaft diese rassistische Praxis als normal empfindet, sind immer mehr betroffene Menschen nicht mehr bereit, sie widerstandslos zu akzeptieren. Der Band versammelt wissenschaftliche, künstlerische und aktivistische Beiträge zu den gesellschaftlichen Hintergründen und Wirkungsweisen von Racial Profiling und den Möglichkeiten eines intersektionalen antirassistischen Widerstands. Dabei liegt der Fokus

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

auf der Schweiz, ergänzt durch Perspektiven von Autor*innen, die mit dem deutschen Kontext vertraut sind.

Mohamed Wa Baile / Serena O. Dankwa / Tarek Naguib / Patricia Purtschert / Sarah Schilliger (Hg.): Racial Profiling – Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand

Transcript Verlag

Print, 29,99 EUR

4/2019, 336 Seiten kart.,

Klebebindung, 11

SW-Abbildungen, 19

Farbabbildungen

ISBN 978-3-8376-4145-5

E-Book (PDF), Open Access

0 EUR

4/2019, 336 Seiten 11

SW-Abbildungen, 19

Farbabbildungen

ISBN 978-3-8394-4145-9

Zur Bestellmöglichkeit

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4145-5/racial-profiling/

Rosa Luxemburg-Stiftung: Racial Profiling Erfahrungen – Wirkungen – Widerstand

Studie

Racial Profiling findet sich in alltäglichen Überprüfungsroutinen von Polizei und Grenzschutz. Der Verdacht des Illegalen steht im Raum – sei es von unterstellten kriminellen Aktivitäten, von unrechtmäßiger Teilhabe am öffentlichen Raum oder auch einfach nur, weil die Alltagswahrnehmung rassistisch unterlegt ist und sortiert, wer* als fremd – als der eigenen Gesellschaft (nicht) zugehörig – wahrgenommen wird.

Die empirische Basis der vorliegenden Untersuchung bilden Interviews mit Menschen in der Schweiz, die von diskriminierenden Polizeikontrollen betroffenen sind. Gleichwohl analysieren sie Erfahrungen, die viele Menschen auch in Deutschland und anderen Ländern in ähnlicher Weise machen müssen. Die Autor*innen zeigen mit ihrer partizipativen Forschung auf, wie wissenschaftliche Analyse und politischer Aktivismus zusammenzuführen sind, und wie dies zu verändernden Praxen und zu Selbstermächtigung führen kann.

Die Studie kann hier bestellt werden

www.rosalux.de/publikation/id/40493/racial-profiling/

Deutsches Institut für Menschenrechte: Die Religionsfreiheit von Kindern im schulischen Raum – Zur Diskussion über Kopftuchverbote für Schülerinnen

Publikation

Zunehmend wird in Deutschland über die gesetzliche Normierung eines Kopftuchverbotes an Schulen für Schülerinnen unter 14 Jahren diskutiert. Erste Gesetzesentwürfe liegen bereits vor oder wurden angekündigt.

Das DIM weist auf seine jüngst erschienene und beiliegende Publikation hin:

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Das Deutsche Institut für Menschenrechte gibt hier eine kinderrechtliche Perspektive zu generellen Kopftuchverboten für Schülerinnen unter 14 Jahren und kommt zu der Einschätzung, dass generelle Verbote grund- und menschenrechtswidrig sind und die Religionsfreiheit von Kindern nicht hinreichend berücksichtigen. Deutschland wird durch die UN-Kinderrechtskonvention zur religiösen Toleranz in der Schule verpflichtet. Es gibt eine Vielzahl von pädagogischen Instrumenten, die im Konfliktfall vorrangig sind. Lediglich im konkreten Einzelfall – die Schaffung einer entsprechenden gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage und die Einhaltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes vorausgesetzt – könnte ein Verbot als ultima ratio in Betracht kommen. Dem wichtigen Schutz von Mädchen muss der Staat mit pädagogischen Mitteln begegnen, die das Empowerment von Mädchen im Zentrum haben.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte spricht sich daher dafür aus, dass Schulen in Deutschland ein Ort der religiösen Toleranz sein müssen.

Zur Publikation

www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/die-religionsfreiheit-von-kindern-im-schulischen-raum/

IDA e.V. (Hrsg.): „Was heißt eigentlich...“

Flyer-Reihe

Die bekannte IDA-Reihe „Was heißt eigentlich ...“ hat Zuwachs bekommen. Neu erarbeitet wurden die Themen Empowerment, Antisemitismus, Antimuslimischem Rassismus und Anerkennung.

Bestellungen und Download unter

www.idaev.de/publikationen/flyer/

Quelle: IDA-Infomail 2/2019, www.idaev.de

projekt.kollektiv: Rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht voranbringen

Neuer Online-Reader

In einem gesellschaftlich stark polarisierten Klima stehen Multiplikator*innen, die in der Jugendarbeit sowie in Initiativen und Projekten oder in Selbstorganisationen arbeiten, aus rassismuskritischer Perspektive vor vielfältigen Herausforderungen. Nicht nur infolge verstärkter rechter und rassistischer Stimmungsmache sowie andauernder politischer und medialer Diskussionen über geflüchtete Menschen und über weitere Verschärfungen von asyl- und aufenthaltsrechtlichen Restriktionen werden junge geflüchtete Menschen und junge People of Color in der deutschen Migrationsgesellschaft alltäglich mit Abwertungen, Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert.

Das projekt.kollektiv des IDA-NRW hat das Ziel, rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht weiterzuentwickeln und Impulse zu setzen, um Rassismuskritik und Empowerment-Ansätze landesweit in den Strukturen der Jugendarbeit zu verankern. Das Projekt verfolgt den Ansatz, nicht über junge geflüchtete Menschen, sondern mit ihnen zu sprechen und es versucht Räume zu schaffen, in denen ihre Stimmen, Bedarfe und Bedürfnisse hörbarer und sichtbarer werden.

Der vorliegende Jahresrückblick bietet Einblicke in die Angebote und Aktivitäten des projekt.kollektiv und zeigt wesentliche Perspektiven und Erkenntnisse in der Projektarbeit

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

auf. Für interessierte Multiplikator*innen und Einrichtungen der Jugendarbeit bzw. der Bildungsarbeit bietet die Online-Publikation Impulse, um auch in den eigenen Strukturen und in der Praxis eine rassismuskritische Auseinandersetzung voranzubringen.

Zum kostenlosen Download

www.ida-nrw.de/publikationen/reader-buecher/detail/rassismuskritische-perspektiven-fuer-die-jugendarbeit-im-kontext-migration-flucht-voranbringen-jah/

Kolja Koch, i.A. des IDA-NRW (Hg.):

Rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht voranbringen. Jahresrückblick 2018 des projekt.kollektiv, Düsseldorf 2018, 42 Seiten

Quelle: IDA-Infomail 2/2019, www.idaev.de

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V. (Hg.): Rassismus – Eine Definition für die Alltagspraxis

Broschüre

Die Broschüre gibt einen kompakten Überblick über das Wesen von Rassismus. Sie erläutert zentrale Eigenschaften von Rassismus: Rassismus als ein Wahrnehmungssystem und Rassismus als Fundament für Hierarchien. Bei einem Blick auf den modernen Rassismus werden dessen Wurzeln in der Aufklärung und der „neue“ Rassismus auf der Basis von Kulturdifferenzen thematisiert.

Autorin:

Maureen Maisha Auma

Herausgeber:

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V. (Hg.)
Sachinformation / Broschüre
2018, 14 Seiten

Zur Bestellmöglichkeit und zum kostenlosen Download

www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6681/rassismus-eine-definition-f-r-die-alltagspraxis.html

Quelle: IDA-Infomail 2/2019, www.idaev.de

Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes: Jahresbericht 2018

Tätigkeitsbericht

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat Anfang April ihren Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr veröffentlicht.

Zum Bericht (Zusammenfassung des Berichts sowie die vollständige Fassung)

www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/2019/20190402_PK_Jahresbericht_.html

Forum kritische politische Bildung erstellt ein Verzeichnis von emanzipatorischen Bildungskonzepten und -materialien

Sammlung

Das Forum kritische politische Bildung (FKPB) hat ein Verzeichnis von Bildungskonzepten und -materialien erstellt, die sich als emanzipatorisch, gesellschafts- bzw. herrschaftskritisch verstehen oder in diesem Sinne einsetzen lassen. Manche Materialien sind für die außerschulische Bildungsarbeit konzipiert, manche für die schulische — oft sind sie in unterschiedlichen Kontexten verwendbar. Sofern nicht anders vermerkt, sind die Materialien online verfügbar.

Ergänzende Hinweise können an julika.buergin@h-da.de geschickt werden.

Zum Verzeichnis

<https://akg-online.org/arbeitskreise/fkpb-forum-kritische-politische-bildung/bildungskonzepte>

David Goeßmann: Die Erfindung der bedrohten Republik

Buch

Die „Flüchtlingskrise“ von 2015 war in Wahrheit der Ausgangspunkt einer gewaltigen Medien- und Politikkrise. Mit medialen Fehldarstellungen, Verzerrungen, manipulierten Debatten und ideologischer Einflussnahme seien die Deutschen in die Irre geführt geworden.

MiGAZIN veröffentlicht exklusiv einen Auszug aus dem Buch.

www.migazin.de/2019/05/03/die-erfindung-der-bedrohten-republik/

David Goeßmann: Die Erfindung der bedrohten Republik

Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH

Auflage: 1, Februar 2019

464 Seiten, Klappenbroschur

Buch 18,- €

ISBN 978-3-360-01344-6

eBook 14,99 €

ISBN 978-3-360-50158-5

Zur Bestellmöglichkeit

www.eulenspiegel.com/verlage/das-neue-berlin/titel/die-erfindung-der-bedrohten-republik.html

Marvin Oppong: Ewig anders- schwarz, deutsch, Journalist

Buch

Marvin Oppong, schwarz, deutsch, Journalist, musste in der Grundschule „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann“ spielen. In seinem neuen Buch „Ewig anders“ schreibt er über seine Erinnerungen daran und wie er heute darüber denkt.

MiGAZIN veröffentlicht exklusiv einen Auszug aus dem Buch.

www.migazin.de/2019/06/21/wer-hat-angst-vorm-schwarzen-mann/

Marvin Oppong: Ewig anders -schwarz, deutsch, Journalist

Dietz Verlag

240 Seiten, März 2019

Klappenbroschur

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

22,00 Euro
ISBN 978-3-8012-0542-3

Zur Bestellmöglichkeit

<http://dietz-verlag.de/isbn/9783801205423/Ewig-anders-schwarz-deutsch-Journalist-Marvin-Oppong>

Rosa Luxemburg Stiftung: Atlas der Migration

Daten und Fakten über Menschen in Bewegung

Migration – ein umkämpftes Menschenrecht

Migration ist kein gesellschaftlicher Sonderfall. Jede moderne Gesellschaft und jeder Staat der Welt ist auch ein Ergebnis menschlicher Mobilität. Dennoch erhitzt das Thema Migration rund um den Globus politische Debatten und die Meinungsbildung von Bürger*innen, Politiker*innen, Parteien und Bewegungen verläuft nicht selten entlang der Frage der Migration und der Politiken des Umgangs mit ihr. Entsprechend wirkmächtig sind die Mythen und Bilder, die rund um das soziale Phänomen der Migration entstanden sind. Zu den bekanntesten sprachlichen und visuellen Bildern der Migration gehören etwa die der Ströme, Wellen und Fluten. Sie lassen Migration als etwas Bedrohliches erscheinen und machen die tatsächlich Migrierenden unsichtbar.

Der Atlas der Migration möchte den Blick auf Migration sowie ihre Akteure verändern, einen politischen Wandel anstoßen und zu einer Versachlichung der Debatte auch innerhalb der europäischen linken Parteien und Bewegungen beitragen. Hier reichen die Meinungen vom Paradigma der offenen Grenzen bis zu ablehnenden Haltungen gegenüber Migrantinnen und Migranten, die oft auf der Annahme einer Konkurrenz der besonders schwachen in europäischen Gesellschaften beruht. Die zusammengetragenen Zahlen und Fakten zeigen, dass Migration, gleichwohl sie in allen Teilen der Welt stattfindet, weder ein Bedrohungspotenzial für die Gesellschaften der Zielländer noch für jene der Herkunftsländer birgt.

Zum kostenlosen Download

www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/atlasdermigration2019_web_190614.pdf

Migranten schulden Deutschland nichts

Rezension

Die Journalistin Ferda Ataman hat der Wo-kommst-du-wirklich-her-Frage ein Buch gewidmet. Das Buch heißt „Ich bin von hier. Hör auf zu fragen!“ – eine gelungene Mischung aus persönlichen Erfahrungen und sachlichen Inhalten.

Zur vollständigen Rezension

www.migazin.de/2019/04/12/rezension-migranten-schulden-deutschland-nichts/

Sonstiges

Junge Geflüchtete haben Angst vor Rassismus

Artikel in Jugendsozialarbeit.news vom 21. Mai 2019

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BUMF) hat in einer Umfrage nachgewiesen, dass viele jugendliche Flüchtlinge unter Ausgrenzung leiden. Zunehmend hätten die jungen Geflüchteten oft Angst vor Rassismus und davor, abgeschoben zu werden.

Zum vollständigen Artikel

<https://jugendsozialarbeit.news/junge-gefluechtete-haben-angst-vor-rassismus/>

Quelle: BAGKJS , www.jugendsozialarbeit.news

Bundespolizei erkennt kurz vor Gerichtstermin „Racial-Profiling“ als rechtswidrig an

Artikel im migazin vom 11. April 2019

Überraschende Wendung: Kurz vor dem Gerichtstermin hat die Bundespolizei die Rechtswidrigkeit einer vor fünf Jahren durchgeführten verdachtsunabhängigen Personenkontrolle zugegeben.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/04/11/einsicht-jahren-bundespolizei-gerichtstermin-racial/

Quelle: www.migazin.de

Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Griechenland wegen Flüchtlingen

Artikel im migazin vom 14. Juni 2019

Wegen unmenschlicher und entwürdigender Behandlung von minderjährigen Flüchtlingen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Griechenland verurteilt. Dem Flüchtlingslager in Idomeni stellten die Richter ein schlechtes Zeugnis aus.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/06/14/unterbringung-minderjaehrigen-gerichtshof-menschenrechte-griechenland/

Quelle: www.migazin.de

Abschiebepolitik: Bundesregierung agiert mit falschen und irreführenden Behauptungen

Artikel im migazin vom 07. Juni 2019

Die Bundesregierung behauptet in der Abschiebungspolitik einen vermeintlichen Notstand, den es nicht gibt und für den sie keine soliden empirischen Belege vorweisen kann. Dennoch sollen damit drastische Verschärfungen im Umgang mit Geflüchteten begründet werden, das ist nicht akzeptabel. Ein Beitrag von Ulla Jelpke

Zum vollständigen Artikel

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

www.migazin.de/2019/06/07/rueckkehrgesetz-bundesregierung-agierte-mit-falschen-und-irrefuehrenden-behauptungen/

Quelle: www.migazin.de

Bamf lehnt fast alle Fälle von Kirchenasyl ab

Artikel im migazin vom 11. Juni 2019

Mit der Gewährung von Kirchenasylen setzen sich Gemeinden für Flüchtlinge in besonderen Härtefällen ein. Das Bamf lässt in diesen Fällen jedoch kaum noch Verfahren in Deutschland zu, wie aktuelle Zahlen belegen.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/06/11/bamf-lehnt-fast-alle-faelle-von-kirchenasyl-ab/

Quelle: www.migazin.de

Ankerzentren: UN-Ausschuss gegen Folter kritisiert Deutschland

Artikel im migazin vom 21. Mai 2019

Die sogenannten Anker-Zentren stehen auch zunehmend international in der Kritik. Jetzt hat der UN-Ausschuss gegen Folter unter anderem die lange Haftzeit in den Anker-Zentren bemängelt.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/05/21/un-ausschuss-gegen-folter-kritisiert-deutschland/

Quelle: www.migazin.de

Haager Tribunal prüft Anzeige gegen EU wegen Flüchtlingspolitik

Artikel im migazin vom 06. Juni 2019

Der Vorwurf ist schwerwiegend: Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag prüft eine Anzeige gegen die EU wegen der Flüchtlingspolitik

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/06/06/fluechtlingspolitik-haager-tribunal-anzeige-eu/

Quelle: www.migazin.de

Studie: UN warnen vor unkontrollierter Migration wegen Klimawandels

Artikel im migazin vom 17. Mai 2019

Die Zahl der Menschen, die vor Naturkatastrophen fliehen ist höher als die Zahl der Flüchtenden vor Gewalt und Konflikten. Das geht aus einer aktuellen UN-Studie hervor. Experten reden von Massenmigration wenn die Erderwärmung nicht begrenzt wird.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/05/17/studie-un-warnen-vor-unkontrollierter-migration-wegen-klimawandels/

Quelle: www.migazin.de

Europäischer Gerichtshof: Flüchtling bleibt auch bei formaler Aberkennung Flüchtling

Artikel im migazin vom 17. Mai 2019

Die Anerkennung als Flüchtling darf nach schweren Straftaten wieder entzogen werden. Einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zufolge bedeutet das aber nicht, dass die Person auch gleich abgeschoben werden darf.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/05/17/eugh-fluechtling-bleibt-auch-bei-formaler-aberkennung-fluechtling/

Quelle: www.migazin.de

Bundesregierung ignoriert Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs

Artikel im migazin vom 12. April 2019

Vor einem Jahr entschied der EuGH: Unbegleitete Minderjährige, bei denen die Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Flüchtlingskonvention festgestellt wird, haben einen Anspruch auf Elternnachzug. Das gilt auch, wenn sie während des Asylverfahrens volljährig werden. Das Auswärtige Amt weigert sich jedoch bis heute, das Urteil umzusetzen.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/04/12/weiter-familiennachzug-bundesregierung-rechtsprechung-europaeischen/

Quelle: www.migazin.de

Oberverwaltungsgericht kippt Koblenzer Burkini-Verbot

Artikel im migazin vom 17. Juni 2019

Das Koblenzer Burkini-Verbot verstößt gegen das verfassungsrechtliche Gleichbehandlungsgebot. Das hat das rheinland-pfälzische Oberverwaltungsgericht entschieden. Es sei nicht nachvollziehbar, warum ein Burkini verboten sei, ein Neoprenanzug jedoch nicht.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/06/17/ungleichbehandlung-oberverwaltungsgericht-koblenzer-burkini-verbot/

Quelle: www.migazin.de

Interview mit Mala Reinhardt: Rassismus – „so eine Art gesellschaftliche Stille“

Artikel im migazin vom 16. April 2019

Die Doku „Der Zweite Anschlag“ zeigt rassistische Gewalt aus der Opferperspektive. Regisseurin Mala Reinhardt zeigt den Film derzeit in vielen deutschen Städten.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/04/16/interview-mala-reinhardt-rassismus-so/

Quelle: www.migazin.de

Strukturelle Diskriminierung: Experte fordert Bleibeperspektive für Sinti und Roma

Artikel im migazin vom 09. April 2019

Ein Sinteza erhält auf eine Wohnungsanfrage eine Absage mit dem internen Vermerk: „Leichter Zigeunereinschlag; besser nichts anbieten!“ Antiziganismus ist dem Politologen Grafe-Ulke zufolge weit verbreitet. Deutschland werde seiner historischen Verantwortung nicht gerecht.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/04/09/strukturelle-diskriminierungen-experte-bleibeperspektive-sinti/

Quelle: www.migazin.de

Kommunen gründen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“

Artikel im migazin vom 17. Juni 2019

Deutsche Städte und Gemeinden wollen verstärkt aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufnehmen und machen Druck auf die Bundesregierung.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/06/17/kommunen-buendnis-staedte-sicherer-haefen/

Quelle: www.migazin.de

So nehmen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahr

Artikel in jugendsozialarbeit.news vom 10. April 2019

Ergebnisse einer deutschlandweit repräsentativen Befragung
Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)

Zum vollständigen Artikel

<https://jugendsozialarbeit.news/so-nehmen-menschen-mit-und-ohne-migrationshintergrund-ihre-politische-selbstwirksamkeit-wahr/>

Quelle: BAGKJS www.jugendsozialarbeit.news

Brief an Giffey: Nicht das Fasten schadet den Kindern, sondern...

Artikel im migazin vom 06. Mai 2019

Familienministerin Franziska Giffey hat zum Start des Fastenmonats Ramadan muslimische Eltern gemahnt, „Kinder müssen regelmäßig trinken und essen, sonst

24. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

können sie nicht aufmerksam sein, lernen und sich gesund entwickeln“. Said Rezek antwortet der Familienministerin in einem Brief:

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/05/06/brief-giffey-nicht-fasten-kindern/

Quelle: www.migazin.de

Erfolgreicher Prozess gegen das Land NRW wegen Sonderbeschulung

Artikel im migazin vom 25. April 2019

Nach dem spektakulären Prozessgewinn von Nenad Mihailovic gegen das Land NRW verdichten sich Hinweise, dass sich in den Sonder-/Förderschulen für Geistige Entwicklung auch Kinder und Jugendliche befinden, die keine geistige Behinderung haben.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2019/04/25/kein-politischer-wille-fuer-eine-unabhaengige-ueberpruefung-der-sonderschulen/

Quelle: www.migazin.de

Europaweit: Angriffe auf die Zivilgesellschaft

Artikel von Pro Asyl vom 24. Mai 2019

Sie sind essentiell für die Verwirklichung von Menschenrechten und verteidigen in der EU den Kern der europäischen Idee. Doch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wird in vielen Mitgliedsstaaten zunehmend erschwert. Eine Übersicht.

Zum vollständigen Artikel

www.proasyl.de/news/europaweit-angriffe-auf-die-zivilgesellschaft/

Quelle: Pro Asyl, www.proasyl.de

Rassistische und sexistische Werbung: Hornbach, wir sind nicht euer Witz!

Offener Brief

Hornbach löste mit einem rassistischen und sexistischen Werbevideo Empörung aus. Das Unternehmen reagierte auf die Kritik und zog das Video zurück – offenbar nur in Deutschland. Jetzt fordern Betroffene, Experten und Fachverbände die Baumarktkette auf, sich zu entschuldigen und zu erklären.

MiGAZIN dokumentiert den offenen Brief in voller Länge hier:

www.migazin.de/2019/04/24/hornbach-wir-sind-nicht-euer-witz/

Stellenangebote

Sozialarbeiter (m/w/d)

refugio stuttgart

sucht zum 01. November 2019

Sozialarbeiter (m/w/d) für die Beratung traumatisierter Geflüchteter
in der Regionalstelle in Tübingen (50% Stelle).

refugio stuttgart ist ein Psychosoziales Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge, Folterüberlebende und ihre Angehörigen und bietet Betroffenen und ihren Angehörigen psychosoziale und therapeutische Hilfestellungen an.

Alle Informationen zur Stelle

www.refugio-stuttgart.de/files/daten/Stellenausschreibungen/1906_Ausschreibung_Sozialp%C3%A4dagog_refugio_Regionalstelle.pdf

Bewerbungsende

30.06.2019

Berater*in / Trainer*in (m/w/d)

Das Referat „Chancengleichheit / Antidiskriminierung“ in der „Arbeitsstelle gegen Diskriminierung und Gewalt – Expertise und Konfliktberatung“, kurz ADE, an der Universität Bremen

sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Berater*in / Trainer*in (w/m/d)

Stellenumfang

30 Wochenstunden, Entgeltgruppe 13 TV-L
unbefristet

Die ADE ist eine Serviceeinrichtung der Universität Bremen zum Umgang mit Konflikten, Diskriminierungen und Gewalt am Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplatz. Das Angebotsspektrum umfasst Beratung, Informationen und Qualifizierungsangebote für Beschäftigte, Studierende, Auszubildende sowie Führungskräfte und Interessenvertretungen der Universität, der Hochschulen und der Öffentlichen Verwaltung des Landes Bremen.

Alle Informationen zur Stelle

www.uni-bremen.de/de/universitaet/die-uni-als-arbeitgeber/offene-stellen/detailansicht/joblist/Job/show/1-x-30-std-beraterin-trainerin-wmd-5790/

Bewerbungsende

16. 07.2019